

Kartoffelversorgung der Städte.

Schon bevor die Bundesrats-Bekanntmachung vom 9. Oktober über die Kartoffelversorgung erlassen war, hat zur Erörterung über eine Beteiligung der Städte an der neuen Gesellschaft mit beschränkter Haftung eine von zahlreichen deutschen Stadtverwaltungen beschickte Besprechung Donnerstag, den 7. Oktober, unter Vorsitz von Oberbürgermeister Wermuth im Berliner Rathaus stattgefunden.

In dieser Versammlung hat Einstimmigkeit darüber geherrscht, daß die Städte durch ihre Beteiligung an der neuen Gesellschaft nicht in der Lage sind, einen Teil der der Reichsleitung obliegenden Verantwortung für die Kartoffelversorgung zu übernehmen, und daß besonders eine Verantwortung für die Richtigkeit des von der Reichsleitung gewählten Weges die städtischen Verwaltungen nicht treffe. Andererseits haben die städtischen Verwaltungen dem an sie ergangenen Ruf zur Beteiligung an der Kriegskartoffelgesellschaft Folge geleistet. Der auf die Städte entfallende Teil des Stammkapitals ist auf 52 deutsche Städte einschließlich der Landgemeinde Berlin-Steglitz verteilt und bereits fest bezeichnet worden.

*

Die Gemeindevertretung von Berlin-Niederschönhausen hat in ihrer letzten Sitzung die Beschaffung von Speisekartoffeln durch Vermittlung der neuen Reichskartoffelstelle abgelehnt und beschlossen, zunächst nur 2000 Zentner beste Speisekartoffeln freihändig einzukaufen, sie sachgemäß zu lagern, und mit dem Verkauf im Frühjahr zu beginnen. Der Gemeindevorsteher, Bürgermeister Abraham, betonte, daß nach den schlechten Erfahrungen äußerste Vorsicht geboten sei. Niederschönhausen hat bei dem vorjährigen Kartoffelverkauf einen Verlust von 12000 M. erlitten, was bei einer kleinen Gemeinde viel bedeutet.